

Erscheinungswelle:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verlagsort:
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Nr. 178

Dienstag, den 2. August 1932

Jahrgang 105

Schwere politische Ausschreitungen in Preußen Bombenanschläge in Königsberg — Attentate in Holstein und Braunschweig

II. Königsberg, 2. Aug. In den frühen Morgenstunden des Montag wurden in Königsberg verschiedene Anschläge verübt, darunter einer auf den bisherigen Königsberger Regierungspräsidenten v. Bahrfeldt, der dabei drei Schutzverletzungen erhalten hat. Weiter wurde ein Sprenganschlag gegen das Königsberger Otto-Braunhaus der Sozialdemokraten in der zweiten Kreisstraße, in dem sich auch das Organ der SPD, die „Königsberger Volkszeitung“ befindet, verübt. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Ferner wurden Anschläge gegen den jetzt gewählten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schütz und den Führer der Königsberger Kommunisten, Sauff, in ihren Wohnungen verübt. Bei Schütz kam die Tochter zu Schaden. Der Kommunistenführer Sauff ist in der Chirurgischen Klinik seinen schweren Verletzungen erlegen. Der ebenfalls der SPD angehörende Zirping ist so schwer verletzt, daß er voraussichtlich nicht mit dem Leben davonkommen dürfte. Ein weiterer Anschlag ist nach den bei der Polizei eingegangenen Meldungen gegen den Chefredakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Wyrzatsch, verübt worden, der erheblich verletzt worden sein soll. Im Königsberger Warenhaus „GHP“ auf dem Steindamm wurden verschiedene Fenster Scheiben eingeschlagen. Außerdem ist in die Waffenhandlung von Anuth erneut ein Einbruch verübt worden.

Der kommissarische Regierungspräsident des Bezirks Königsberg hat eine Belohnung von 5000 Mark für die Ergreifung der Attentäter ausgesetzt. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Polizeischule auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern vom Oberpräsidenten mit Rücksicht auf die Vorfälle für den Einsatz in Königsberg zur Verfügung gestellt worden. Die Sozialdemokraten haben an Stindenburg und den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem sie energische Maßnahmen gegen die kommunistischen und nationalsozialistischen Attentäter fordern.

Brandbombenanschläge wurden außer auf das Otto Braun-Haus, in dem sich die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ befindet, auch auf das Gebäude der demokratischen „Hartung'schen Zeitung“ ausgeführt. In beiden Fällen konnten die Flammen durch Handfeuerlöscher schnell erstickt werden. Die Königsberger Polizei teilt mit, dauernd würden neue Personen eingeliefert, die als Attentäter bezeichnet würden. Sie gehörten den verschiedensten Parteien an. Die gesamte Königsberger Schutz- und Kriminalpolizei und die Schutzpolizei Ostpreußens befinden sich in höchster Alarmbereitschaft. Zur Beruhigung der Bevölkerung fährt das Panzerauto der Königsberger Schupo seit den Morgenstunden durch die Straßen.

Aus dem Polizeibericht ist weiter zu entnehmen: In dem Stadtteil Hüsen wurde versucht, drei Tankstellen anzustechen und in einer Waffenhandlung wurden drei Pistolen gestohlen. Der Täter konnte sofort gefaßt werden. Bei den Anschlägen sind nach Mitteilung der Polizeipressestelle in einzelnen Fällen Nationalsozialisten einwandfrei festgestellt worden. Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt.

Handgranaten-Anschläge

II. Hamburg, 2. August. Am Montagfrüh wurden in mehreren Orten der Kreise Pinneberg und Norderdithmarschen von unbekannten Tätern Handgranatenanschläge auf Gebäude oder Verkaufsstellen der „Produktion“ verübt. In der Stadt Pinneberg wurde eine Handgranate aus einem offenen Kraftwagen gegen das Haus geschleudert, in dem sich die Büro- und Verkaufsräume der sozialdemokratischen Genossenschaft „Produktion“ befinden. Ähnliche Anschläge werden aus Elmshorn, Barmsiedt, Uetersen und drei Orten in Norderdithmarschen gemeldet. Personen sind in keinem Falle verletzt worden. Dagegen wurde Sachschaden angerichtet. In der Nacht zum Montag wurde auch in Rendsburg ein Handgranatenanschlag verübt. Nach polizeilichen Mitteilungen wurden von einem Kraftwagen aus 2 Handgranaten gegen ein Haus geworfen, in dem sich das Parteibüro der SPD befindet. Es wurde erheblicher Sachschaden angerichtet. Ferner wurde gegen das Haus eines Reichsbannerangehörigen in Glüsing bei Hohenwestedt im Kreise Rendsburg eine Handgranate geschleudert; die unteren Räume des Hauses wurden schwer beschädigt. Nach Mitteilung der Polizeiverwaltung in Marne wurden gegen 2.45 Uhr zwei Handgranaten durch das Fenster eines kommunistischen Verkehrskafes in die Gaststube geworfen. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist bedeutend. Auch die Fenster Scheiben benachbarter Gebäude wurden zertrümmert.

In verschiedenen Stadtteilen Braunschweigs wurden am Montag früh aus Kraftwagen, die mit mehreren Personen besetzt waren, Sprengkörper geworfen; so in der Nähe eines kommunistischen Verkehrskafes, vor dem Haus des Reichsbanners, sowie vor der Wohnung des Oberbürgermeisters Wöhrne. Personen wurden nicht verletzt. Bisher konnte nicht festgestellt werden, von welcher Seite die Anschläge ausgingen. Bei einer Schlägerei wurde der Sturmbannführer der Studenten der Technischen Hochschule, Schafeldt, getötet. Mehrere Beteiligte wurden leicht verletzt.

Eine letzte Mahnung

II. Berlin, 2. Aug. Der mit der Wahrnehmung der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, erläßt folgenden Aufruf:

„Die Wahl ist vorbei. Das Volk hat gesprochen. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Gewalt und Terror müssen endlich der Achtung vor dem Geseh weichen. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angetastet werden. Ich warne zum letzten Mal. Die Staatsregierung wird selbst drakonische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflicht gegenüber friedlichen Staatsbürgern restlos zu erfüllen und den Burgfrieden zu wahren, den unser Land braucht. Ich warne auch alle Organisationen, weiter zu blutigem Terror zu gehen. Die Presse hat sich jeder Aufpeitschung der Leidenschaften, auch durch unrichtige Verichterstattung, zu enthalten, andernfalls hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen.“

Das vorläufige Endergebnis der Reichstagswahl 607 Mandate im neuen Reichstag

II. Berlin, 2. August. Der Reichswahlleiter gibt folgendes berichtetes vorläufiges Endergebnis der Reichstagswahl bekannt:

Gültige Stimmen insgesamt	insgesamt	36 862 434
1. SPD.	7 953 986	= 123 Mandate
2. NSDAP.	13 772 748	= 230 "
3. KPD. (plus SAP.)	5 805 666	= 89 "
4. Zentrum	4 587 477	= 76 "
5. DNVP.	2 184 971	= 37 "
6. DVP.	495 547	= 7 "
7. Wirtschaftspartei	146 107	= 1 "
8. Staatspartei	373 560	= 4 "
9. Bayerische Volkspartei	1 202 617	= 22 "
10. Deutsches Landvolk	91 287	= 1 "
11. Christl.-soz. Volksdienst	364 986	= 4 "
11. a) Volksrechtspartei	40 927	= — "
12. Deutsche Bauernpartei	137 090	= 2 "
14. Bauern- u. Weingärtnerbund (Landbund)	96 868	= 2 "
15. Dt.-Hann. Partei	46 878	= — "

Bei der Verrechnung der Sitzahlen ist von den Wahlabschritten ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Parteien hinsichtlich der Verrechnung ihrer Reststimmen getrossen worden sind.

Der prozentuale Anteil der Parteien

Von den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die einzelnen Parteien: SPD 21,6 v. H., NSDAP 37,2 v. H., Komm. 14,3 v. H., Zentrum 12,4 v. H., DNVP 5 vom Hundert, DVP 1,2 v. H., Wirtschaftsp. 0,4 v. H., Staatspartei 1,0 v. H., Bayr. VP 3 v. H., Landvolk 0,2 v. H., Christl.-soz. V.D. 1 v. H., Dt. Hannov. 0,1 v. H., SAP 0,2 vom Hundert, Radikaler Mittelstand 0,2 v. H., Württemb. Weingärtner 0,2 v. H., Dt. Bauernpartei 0,4 v. H.

Der Wahlausgang im Spiegel der Presse

Der „Völkische Beobachter“ schreibt einleitend zu dem Ergebnis der Reichstagswahl, es sei in der parlamentarischen Geschichte unerreicht, daß die Reichstagswahl nahezu 14 Millionen nationalsozialistische Stimmen gebracht habe. Daraus ergebe sich eine Abgeordnetenzahl, wie sie bei einer einzigen Fraktion noch niemals auch nur annähernd dagewesen sei. Alfred Rosenberg kommt zu dem Schluß, daß ein Vorübergehen an der Hitlerbewegung nunmehr endgültig der Vergangenheit angehören müsse. In welchen Formen sich dieser nicht mehr einzudämmende Wille Geltung verschaffen werde, werde die Ueberlegung der nächsten Wochen sein. Adolf Hitler habe jedenfalls einer überwältigenden Vollmacht von der deutschen Nation übertragen er-

Tages-Spiegel

In Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Braunschweig kam es nach den Reichstagswahlen zu schweren politischen Ausschreitungen. Der kommissarische preussische Innenminister hat strenge Maßnahmen angebroht.

Der Reichskanzler und ein großer Teil der Minister gehen von heute ab für etwa 8 Tage auf Urlaub. Während dieser Zeit werden größere politische Beratungen insolge dessen nicht stattfinden. Die verschiedenen Ressorts der Ministerien werden inzwischen an dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung weiter arbeiten.

Der Reichskanzler hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen dem Landtag von der Bildung der provisorischen preussischen Regierung Kenntnis gegeben. Der Kabinettsrat ist einberufen, um den Termin der nächsten Landtagsitzung festzusetzen.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau ist von polnischer Polizei befristet worden, als er eine am Gartenzium seines Wohnhauses angebrachte polnische Flagge entfernte.

Das Parlament von Paraguay hat die Mobilmachung gegen Bolivien beschlossen. Der Präsident hat bereits die Mobilmachungsbefehle unterzeichnet.

Aus Württemberg kommen infolge von Wahllistenverbindungen noch Oberschulrat Bauer für die Volksrechtspartei und Rechnungsrat Hansch-Korntal für den Chr. Volksdienst in den Reichstag.

halten. Rosenberg schließt: „Der Kampf geht weiter. Der Endsieg ist uns jetzt nicht mehr zu entreißen.“

„Die Welt ist im Aufbruch“, schreibt die „Germania“ zu dem Ausgang der Reichstagswahl u. a. wie folgt Stellung: Wenn die Reichsregierung heute die Antwort des deutschen Volkes überprüft, dann wird sie sich ehrlicher Weise gestehen müssen, daß diese nicht so ausgefallen ist, wie sie das wohl erwartet hatte. Das deutsche Volk hat nämlich zu erkennen gegeben, daß es auf die heutige Führung der Reichspolitik und die von ihr geübten Methoden keinen Wert legt. Es hat weiter ein eindrucksvolles Bekenntnis dahin abgelegt, daß es die von den Nationalsozialisten heiß erstrebte Parteiherrschaft auf das schärfste ablehnt. Wir fordern, daß nach dieser Wahl die Zeit gefährlicher Experimente und machtpolitischer Aktionen vorbei ist und daß die bereits begonnenen zu liquidieren sind. Die Reichsregierung hat die Pflicht zur höchsten Besonnenheit und Zurückhaltung, bis der neugewählte Reichstag seine Funktionen übernommen hat. Sie hat vor allem die Pflicht, den Reichstag zu dem verfassungsmäßig gegebenen Termin einzuberufen und vor ihm zu erscheinen. Der Tag, an dem das geschieht, wird über mehr entscheiden als über das Schicksal einer Regierung.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt zum Wahlergebnis, daß Hitler sich auf seinem politischen Weitermarsch zunächst der ungeschlagenen Weltanschauungsfront gegenübersehe und, wenn es weiter gehe, auch einer ebenso stolzen Front der linksgerichteten Sozialisten. Was das Wahlergebnis in Bayern angehe, so werde man beachten müssen, daß die zur Zeit in Süddeutschland weilenden Fremden zur Mehrung der Hitlerstimmen in Bayern beigetragen haben dürften. Es sei deshalb falsch, aus der Mehrung der Hitlerstimmen aus Bayern von einer Umschichtung der bayerischen Wählerschaft mit der Zielsetzung zu sprechen, daß damit auch über das „System Feld-Ettel“ der Stab gebrochen sei.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt u. a.: Wenn das Zentrum sich jeder Mitarbeit versagen würde, so würde es auch ein parlamentarisches Regieren verhindern, jede Regierung noch weiter auf den Weg des Artikels 48 bringen und binnen kurzem Neuwahlen heraufbeschwören. Es wäre die Aufgabe des Zentrums, in der nächsten Zeit eine Reichsregierung zu tolerieren. Bisher konnten die Nationalsozialisten immer hoffen, daß ihnen eines Tages die alleinige Macht zufallen könnte. Jetzt ist jedoch die nationalsozialistische Welle zum Stillstand gekommen und damit dürften auch die Hoffnungen auf die alleinige Machtübernahme einseitig geringer werden. Es wäre nur begründlich, wenn die Nationalsozialisten sich unter diesen Umständen bereit fänden, Regierungsverantwortung offen zu übernehmen.

Zum Ausgang der Reichstagswahl schreibt das „Hamburger Fremdenblatt“, daß die gewaltige Radikalisierung auf der Linken erschreckend wirken müsse. Die klare Entscheidung einer stärkeren vor einer schwächeren Front, die von der Regierung Papen-Schleicher bei der Auflösung des alten Reichstags erstrebt wurde, sei nicht erreicht worden. So falle dem Zentrum wieder die Schlüsselstellung zu-

